

Gegen Vorurteile, für Integration

sda. Die 15 islamischen Organisationen im Kanton Zürich bekennen sich mit einer Grundsatzerklärung zur Rechtsordnung der Schweiz und zur Integration. Damit begegnen sie Vorurteilen und fördern bei ihren Mitgliedern das Bewusstsein.

Eine aktuelle Studie der Uni Zürich zeige, dass in den Schweizer Medien Muslime schlecht abschnitten, sagte *Isamil Amin*, Präsident der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (Vioz) am Montag vor den Medien im Zürcher Stadthaus. In 70 Prozent der untersuchten Berichte seien Muslime negativ vorgekommen. Ferner häufen sich laut Vioz in der Schweiz Fälle politischer Werbung, bei denen klar mit der Angst vor dem Islam gespielt werde. Zuletzt sei dies bei der Abstimmung zu Schengen/Dublin der Fall gewesen.

Erstmals in der Schweiz habe die Vioz deshalb eine Grundsatzerklärung erlassen, um gegen falsche Anschuldigungen und Vorurteile anzukämpfen. Die Erklärung bekennt sich in zehn Punkten unter anderem zu «Demokratie und Rechtsstaatlichkeit», «für Frieden und gegen Gewalt», für «Gleichberechtigung» oder «Integration».

Grundwerte anerkannt

Unter «Integration» wird von den Mitgliedorganisationen zum Beispiel ausdrücklich die Förderung der Integration in die Schweizer Gesellschaft verlangt. Umgekehrt wird aber von den Schweizerinnen und Schweizern auch «Respekt und Toleranz» gegenüber der islamischen religiösen Identität erwartet. Mit ihrer Erklärung folgen die Zürcher Islam-Organisationen dem Beispiel in Deutschland, wie Amin sagte. Dort sei wegen wachsender Vorurteile gegen den Islam im Zusammenhang mit Terroranschlägen ebenfalls eine Grundsatzerklärung erlassen worden. Amin hofft, dass auch Islam-Organisationen anderer Kantone dem Beispiel folgen. Stadtpräsident *Elmar Ledergerber* begrüßte die Erklärung aus Anlass des 10-Jahre-Jubiläums der Vioz. Die Öffentlichkeit erhalte damit ein «unmissverständliches Bekenntnis» der verschiedenen islamischen Organisationen zu Grundwerten in der Schweiz.

Wirkung auf eigene Mitglieder

Ledergerber zeigte sich überzeugt, dass die Öffentlichkeit dies honorieren werde. Die Vioz mache mit ihrer Erklärung nach aussen und innen deutlich, dass es keine Alternative zur Integration gebe. Auf die Wirkung nach innen für die eigenen Mitglieder zählt auch der Vioz-Präsident. Es gelte, allen Muslimen in der Schweiz klar zu machen, dass sie der Rechtsordnung der Schweiz unterstellt seien. Es gehe nicht an, das islamische Recht über die Rechtsordnung eines Landes zu stellen. Er erwarte im Zusammenhang mit der Grundsatzerklärung «eine hitzige Debatte» zwischen Muslimen in der Schweiz, sagte Amin.

© «Der Zürcher Oberländer» / «Anzeiger von Uster»